

NORA LOUISA HESSE

Die Vereinbarkeit des
EU-Grenzbeschlagnahme-
verfahrens mit dem
TRIPS-Abkommen

*Geistiges Eigentum und
Wettbewerbsrecht*

141

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	VII
Einleitung	1
A. Problemaufriss	1
B. Aufbau der Arbeit	5
C. Herangehensweise	5
D. Terminologie	6
E. Themenbegrenzung	8
Teil 1: Grundlagen	11
§ 1 <i>Das Produktpiraterienarrativ</i>	11
§ 2 <i>Das TRIPS-Abkommen</i>	19
A. Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des TRIPS-Abkommens	19
B. Verbindlichkeit des TRIPS-Abkommens für die EU und Deutschland aus dem Blickwinkel der WTO	24
C. Zuwiderlaufen einer Verfahrensregelung gegen das TRIPS-Abkommen ...	25
I. Der dem Durchsetzungsteil zugrundeliegende Interessenkonflikt	25
II. Prüfung der TRIPS-Vereinbarkeit	27
III. Verpflichtende, teilweise verpflichtende und freiwillige Durchsetzungsnormen	28
IV. Auslegung von TRIPS-Normen	30
§ 3 <i>Die EU-Grenzbeschlagnahmeverordnung</i>	33
A. Entwicklung, Zweck und Bedeutung des EU-Grenzbeschlagnahmeverfahrens	34
B. Verhältnis der Grenzbeschlagnahmeverordnung zu anderen Rechtsakten ..	35
I. Verhältnis zum TRIPS-Abkommen	35
II. Verhältnis zum sonstigen europäischen Sekundärrecht	36
III. Verhältnis zum deutschen Recht	37
§ 4 <i>Die deutschen Grenzbeschlagnahmeregeln</i>	38
Teil 2: Das Grenzbeschlagnahmeverfahren nach GBV 2013 in Deutschland	41
§ 5 <i>Anwendungsbereich, am Verfahren beteiligte Akteure</i>	41
A. Umfasste Schutzrechtsarten, Sonderregelungen für nachgeahmte bzw. unerlaubt hergestellte Waren, Warenbegriff	42

B. Umfasste Zollsituationen	45
C. Vom Verfahren ausgeschlossene Fallkonstellationen	46
D. Am Verfahren beteiligte Akteure	47
§ 6 <i>Das Antragsverfahren</i>	49
§ 7 <i>Ablauf der eigentlichen Grenzbeschlagnahme</i>	52
A. Aussetzung der Überlassung oder Zurückhaltung von Waren, insbesondere: der Verdachtsbegriff	52
B. Prüfung der Waren und Entnahme von Proben	58
C. Frühzeitige Überlassung von Waren	59
D. Vereinfachtes Vernichtungsverfahren	62
E. Rechtsbehelfe, insbesondere gegen die Aussetzung der Überlassung	68
§ 8 <i>Sonderfälle</i>	74
A. Spezielles Verfahren für Kleinsendungen (sog. „Kleinsendungsverfahren“)	74
B. Einbeziehung von Waren im Transit	76
§ 9 <i>Sanktionen und Haftung</i>	89
A. Keine Sanktionierung oder spezielle Haftung der Verfahrensbetroffenen	89
B. Haftung der Bundesrepublik Deutschland	90
I. Haftung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Rechtsinhaber	90
II. Haftung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Verfahrensbetroffenen	91
C. Sanktionierung und Haftung des Rechtsinhabers	93
I. Sanktionen der zuständigen Zolldienststelle gegen den Rechtsinhaber	93
II. Haftung des Rechtsinhabers gegenüber den Verfahrensbetroffenen	96
1. Haftung nach Art. 28 GBV 2013	96
2. Haftung nach § 7 BDSG	105
3. Haftung nach §§ 823 Abs. 1, 823 Abs. 2 oder 826 BGB	105
Teil 3: Die Vereinbarkeit des EU-Grenzbeschlagnahmeverfahrens in Deutschland mit dem TRIPS-Abkommen	107
§ 10 <i>Anwendbarkeit der Art. 51–60 TRIPS bei Einbeziehung von Zollsituationen neben der Einfuhr</i>	108
§ 11 <i>Vereinbarkeit mit Art. 51 TRIPS</i>	113
A. Einbeziehung zusätzlicher Schutzrechte und Schutzrechtsverletzungsarten	113
B. Einbeziehung von Waren in weiteren Zollsituationen	117
I. Einbeziehung von Waren in zusätzlichen Zollsituationen außer dem Transit	117
II. Einbeziehung von Waren im Transit	121
C. Einbeziehung von Herstellungs- und Umgehungsmitteln	128
D. Kein Tätigwerden der Zollbehörden mehr, nachdem Sanktionen verhängt wurden	131
E. Nichteinbeziehung der Staatsgrenzen innerhalb des Zollgebiets der europäischen Gemeinschaften	135
F. Nichteinbeziehung von parallelimportierten Waren und sog. „Overruns“	136

G. Antragsberechtigte Parteien	138
H. Abweichende Aufgabenverteilung der Behörden	139
I. Erfordernis eines begründeten Verdachts nach Art. 51 S. 1 i. V. m. Art. 52 S. 1 TRIPS	143
I. Die für den Verdacht maßgebliche Rechtsordnung	143
II. Anforderungen an den Verdacht der Schutzrechtsverletzung	146
III. Verdachtsnachweis als Voraussetzung für die Antragsbewilligung	150
§ 12 Vereinbarkeit mit Art. 52 TRIPS, insb.: Beweispflicht für einen <i>Prima facie</i> -Verdacht	152
§ 13 Vereinbarkeit mit Art. 53 TRIPS	153
A. Gleichwertigkeit bzw. Ausreichen der Verpflichtungserklärung	153
B. Vorzeitige Freigabe gegen Kautions	160
I. Vorzeitige Freigabe auch bei Gebrauchsmustern und Sortenschutzrechten	162
II. In der Praxis unzulässige Verzögerung bis zur Festsetzung der Sicherheit?	166
§ 14 Vereinbarkeit mit Art. 54 TRIPS	168
A. Nicht notwendigerweise Information des Einführers	169
B. Beim Kleinsendungsverfahren keine Benachrichtigung des Rechtsinhabers	171
§ 15 Vereinbarkeit mit Art. 55 TRIPS	175
A. Einschränkung der Freigabeverpflichtung durch das vereinfachte Vernichtungsverfahren	175
B. Fristverlängerung wegen Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes (Art. 55 S. 1, 3 i. V. m. Art. 50 Abs. 6 TRIPS)	182
C. Bei verderblichen Waren Fristverkürzung ohne Verlängerungsmöglichkeit	186
D. Recht auf Überprüfung der Maßnahmen mit Möglichkeit zur Stellungnahme	190
§ 16 Vereinbarkeit mit Art. 56 TRIPS: <i>verschuldensunabhängige Haftung des Rechtsinhabers</i>	194
§ 17 Vereinbarkeit mit Art. 57 TRIPS	200
A. Eingeschränktes Untersuchungsrecht des Rechtsinhabers beim Kleinsendungsverfahren	200
B. Gleichwertige Gelegenheit des Einführers, die Waren zu untersuchen	202
C. Information des Rechtsinhabers vor Ergehen einer Sachentscheidung	206
§ 18 Vereinbarkeit mit Art. 58 TRIPS	211
A. Erfordernis eines <i>Prima facie</i> -Verletzungsverdachts	212
B. Einhaltung der durch Art. 58 lit. b) S. 2 i. V. m. Art. 55 TRIPS begründeten Bedingungen für das <i>Ex officio</i> -Verfahren	216
C. Ausreichen der europäischen bzw. deutschen Haftungsvorschriften	218
§ 19 Vereinbarkeit mit Art. 59 TRIPS	223
A. Fehlendes Erfordernis einer Schutzrechtsverletzung	224
B. Fehlen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung nach Art. 59 S. 1 i. V. m. Art. 46 S. 1, 3 TRIPS	231
C. Vernichtung von Umgehungs- und Herstellungsmitteln	234
§ 20 Vereinbarkeit insbesondere des Kleinsendungsverfahrens mit Art. 60 TRIPS	237